Morgen-Ausgabe. Nr. 473 Freitag, 8. Oktober 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 49,38 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Stellengeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Frankreichs Beamte drohen mit Streik

Sofortige Erhöhung der Gehälter und Löhne gefordert

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Oktober.

Eine Kundgebung der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den öffentlichen Betrieben Frankreichs fordert die „sofortige Erhöhung der Gehälter und Löhne sowie die Einführung der 40-Stunden-Woche in allen Verwaltungen". Es handelt sich geradezu um ein Ultimatum der französischen Beamten, da sie für den 25. Oktober die Arbeitseinstellung angekündigt haben, wenn ihre Forderungen bis dahin nicht erfüllt sein sollten.

Bekanntlich hat Ministerpräsident Chautemps den Beamten eine Gehaltserhöhung bereits zugesagt, über deren Höhe der Finanzminister zur Zeit noch verhandelt. Vorgesehen ist hierfür die Summe von einer Milliarde Franken, während die Beamten etwa eine halbe Milliarde mehr fordern. In der Versammlung, in der das „Ultimatum" beschlossen wurde, machten sich kommunistische Elemente stark bemerkbar, die wiederholt den Rücktritt Chautemps forderten.

Deutschland auf der Pariser Auto-Ausstellung

Paris, 7. Oktober.

Der „Pariser Auto-Salon 1937", neben der Weltausstellung eine große Sehenswürdigkeit der französischen Hauptstadt, hat am Donnerstag seine Pforten geöffnet. Außer den 22 französischen Autofabriken haben zehn amerikanische Firmen ihre Erzeugnisse ausgestellt, ferner sieben englische, drei italienische, zwei tschechische und eine belgische.

Die deutsche Beteiligung ist mit sechs ausstellenden Werken sehr eindrucksvoll. Mercedes ist mit vier Personenwagen, darunter einem Reisekabriolett mit 180 PS und einer Geschwindigkeit von 170 Stundenkilometer, vertreten. Maybach hat fünf Wagen ausgestellt. Adler zeigt vier Wagen und ein Chassis, darunter den neuen 2,5-Liter-Wagen, der dank seiner aerodynamischen Karosserie eine Spitzengeschwindigkeit von 180 Kilometer erreicht. Der Opel-Stand ist mit vier Wagen besetzt. Vier Wagen und ein Chassis zeigt Hanomag. Büssing-NAG hat zwei riesige Lastwagen-Chassis mit Dieselmotor und ein kleineres aufgestellt. Ferner zeigen bei den Zubehörteilen die französische Firma Lavalette die Erzeugnisse der Bosch-Werke, die französische Firma Pneumac Continental-Reifen sowie die Zahnradfabrik Friedrichshafen und Fichtel & Sachs ihre Erzeugnisse.

Vor einer Einheitsfront Genf-US-Amerika

Staatssekretär Hull: „Die Vereinigten Staaten nehmen an einer Neunmächte-Konferenz teil"

Washington, 7. Oktober.

In der Pressekonferenz am Donnerstag betonte Staatssekretär Hull, daß die Bemühungen des Völkerbundes um das Zustandekommen einer Neunmächtekonferenz formal auf diejenigen Unterzeichneten des Neunmächtepaktes beschränkt seien, die Völkerbundsmitglieder sind. Bisher hätten die Vereinigten Staaten keine Einladung zur Teilnahme an einer Neunmächtekonferenz erhalten. Hull ließ jedoch keinen Zweifel darüber, daß die amerikanische Regierung annehmen werde, sobald eine Einladung eingehe. Zu den Genfer und Londoner Meldungen, die Washington als Konferenzort vorschlagen, lehnte Hull eine Stellungnahme ab.

In diesem Zusammenhang gewinnt eine Reutermeldung erhöhte Bedeutung, wonach eine „Einheitsfront" zwischen den Vereinigten Staaten und dem Völkerbund in der Frage des fernöstlichen Konfliktes so gut wie sicher sei. Es lägen Nachrichten aus Washington vor, die Anlaß zu der Vermutung gäben, daß die amerikanische Regierung mit dem Völkerbund bis „zur Grenze des ihr Möglichen" zusammenarbeiten wollte.

In Ergänzung hierzu berichtet Reuters Genfer Korrespondent, daß der Verhandlungsort für die Neunmächtekonferenz noch nicht festgesetzt sei, obwohl man London, Paris und Washington hierfür nenne.

„Neuer Kurs aktiver Einmischung"

Die amtliche Mitteilung der amerikanischen Regierung zum fernöstlichen Konflikt wird zusammen mit der Rede des Präsidenten Roosevelt in Chikago von den amerikanischen Blättern natürlich eingehend erörtert.

Die „New York Times" stellt fest, daß der Präsident aus der amerikanischen Neutralitätspolitik einen toten Buchstaben gemacht und einen neuen Kurs aktiver Einmischung in die internationale Politik eingeschlagen habe. Dieser neue Kurs habe im Lande zum Teil erheblichen Widerspruch hervorgerufen. So hätten sechs führende Friedensverbände gegen die Rooseveltrede protestiert und den Präsidenten beschuldigt, daß er das amerikanische Volk auf die Straße zurückbringe, die zum Weltkrieg geführt habe. Anderseits meint das Blatt, Roosevelt habe nur dem Teil der öffentlichen Meinung stattgegeben, der für Aufgabe der Isolationspolitik sei. In diesem Zusammenhang veröffentlicht die „New York Times" auch einen offenen Brief des früheren Staatssekretärs Stimson, worin dieser die bisherige amerikanische Neutralitätspolitik verurteilt und eine gemeinsame Aktion mit England zur Unterbindung der Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Japan vorschlägt.

Kampf um die Seidenstrümpfe

Auch in der Frage eines etwaigen Boykotts japanischer Erzeugnisse stehen sich die Meinungen in den Vereinigten Staaten scharf gegenüber. Während der amerikanische Gewerkschaftsverband auf einer Tagung in Denver (Colorado) für einen Boykott eintrat, beantwortete die amerikanische Strumpfindustrie diese Aufforderung mit einem Aufruf an die amerikanischen Frauen, in dem darauf hingewiesen wird, daß es dann keine Seidenstrümpfe mehr geben würde, da diese beinahe ausschließlich aus japanischer Seide hergestellt würden. Außerdem würde ein Boykott etwa 100 000 Arbeiter der Strumpfindustrie brotlos machen.

Englisch-französische Versteifung gegenüber Italien

Neuer gemeinsamer Schritt der Westmächte in Rom – Antwort wahrscheinlich diese Woche

Berlin, 7. Oktober.

In London wie auch in Paris sieht man mit einiger Spannung der Rede entgegen, die der britische Ministerpräsident Chamberlain am Freitagabend auf der Jahreskonferenz der Konservativen halten wird. Man erwartet, daß Chamberlain auf Fragen der großen Politik eingeht, das heißt, daß er zu den Aeußerungen des Präsidenten Roosevelt Stellung nimmt und den Fernost-Konflikt behandelt. Man rechnet weiter damit, daß Chamberlain auch die Mittelmeerfrage anschneiden wird.

In Paris wünscht man sehr, daß Chamberlain bei dieser Gelegenheit einen neuen Appell an Mussolini richtet, da man in der französischen Hauptstadt verstimmt darüber ist, daß Italiens Antwort noch nicht vorliegt.

Inzwischen wurden nun auch der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger am Donnerstag um 19,30 Uhr vom italienischen Außenminister empfangen und haben im Auftrage ihrer Regierungen um baldige Erteilung der italienischen Antwort auf den von Paris und London gemachten Vorschlag von Dreierbesprechungen über die spanische Frage und Zurückziehung der Freiwilligen gebeten. In italienischen politischen Kreisen wird auch nach dieser Unterredung erklärt, die Antwort Italiens werde wahrscheinlich noch in der laufenden Woche erfolgen.

Auch die Haltung der englischen Presse Rom gegenüber versteift sich zusehends. Mussolini wird von den englischen Blättern aufgefordert, die Geduld der englischen Regierung nicht auf die Probe zu stellen. Die Linkspresse benutzt die Situation, um die englische Regierung gegen Mussolini scharfzumachen. Aber auch der „Daily Telegraph" unterstreicht, daß England Frankreich nicht in den Arm fallen würde, wenn es angesichts der Haltung Mussolinis die Nichteinmischungspolitik aufgeben würde. Im ganzen zeigt sich also Paris als auch London sehr ungeduldig.

Ein Zeichen für diese etwas hilflosen Gedanken sind auch einige Greuelnachrichten über angebliche Entsendungen italienischer Hilfmannschaften nach Spanien und weiter die Drohung, daß Paris und London auf einen etwaigen italienischen Vorschlag die Freiwilligenfrage an die Londoner Nichteinmischungskonferenz übertragen, nicht eingehen würde.

Hochspannung in Palästina

Noch vor einigen Jahren hätte sich niemand träumen lassen, daß das Mittelmeer in kurzer Zeit zu einem mit höchster Spannung geladenen politischen Kräftefeld werden würde. Während in den letzten Monaten vor allem das westliche Mittelmeer die Stätte weltpolitischer Entwicklungen war, richtet sich jetzt der Blick auf seine östlichen Uferstaaten, auf den vorderen Orient. Es sind dort politische Strömungen wirksam, die nicht nur für die unmittelbar Beteiligten — also im wesentlichen für die arabischen Staaten und das britische Weltreich —, sondern darüber hinaus für die ganze Welt von größter Bedeutung werden können. Vorläufig beschränkt sich die Unruhe auf Palästina. Das Heilige Land ist immer mehr zu einem Kristallisationspunkt der geschichtlichen Auseinandersetzung zwischen England und dem Islam geworden. Dauerhafte Lösungen wurden bisher nicht gefunden. Die britische Palästina-Kommission hat mit ihrem in diesem Sommer fertiggestellten Teilungsplan eher noch größere Verwirrung geschaffen. Wenn auch der Bericht der Kommission nach einem kurzen parlamentarischen Zwischenspiel in den Schreibtischen der beteiligten Ministerien verschwunden ist und der kürzlich verstorbene Vorsitzende der Kommission, Lord Peel, die praktischen Auswirkungen seiner vorbereitenden Arbeit nicht einmal ahnen konnte, so hat dieser Palästina-Plan doch überall neue Unruhe gestiftet. Die Araber protestierten, die Juden protestierten, und selbst in England waren die Meinungen geteilt. Immerhin glaubte man, in dem Peel-Bericht eine Verhandlungsebene gefunden zu haben, auf der nach der hundertfach bewährten britischen Devise „wait and see" das Problem später seiner endgültigen Lösung zugeführt werden sollte.

Die jüngsten Ereignisse in Palästina haben bewiesen, daß diese Hoffnung falsch war. Die Araber denken gar nicht daran, in endlosen Debatten und Verhandlungen das Schicksal ihres Landes bestimmen zu lassen. Sie fürchten mit Recht, bei einer Palästina-Teilung übers Ohr gehauen zu werden. Die englandfeindliche Haltung unter dem arabischen Bevölkerungsteil hat sich in den letzten Wochen außerordentlich versteift. Sie kam zum offenen Ausbruch durch die Ermordung des britischen Distriktskommissars für Galiläa, eines hohen Beamten, der im Range unmittelbar hinter dem Oberkommissar steht. Der Distriktskommissar und ein Polizeibeamter wurden in Nazareth beim Verlassen einer Kirche nach dem Gottesdienst erschossen. Die Rückwirkungen dieses Attentats in England waren außerordentlich. Die vorangegangenen Attentatsversuche auf andere britische Beamte und der wenige Tage später folgende Anschlag auf die Oelleitung Mossul—Haifa, die Lebensader der englischen Mittelmeerflotte, steigerten die Erregung noch erheblich. In der englischen Oeffentlichkeit forderte man schärfstes Durchgreifen gegen die Araber, denen alle diese Attentate zur Last gelegt werden. Im offiziösen „Daily Telegraph and Morning Post" fanden wir in einem Leitartikel immer wieder die Worte „organisierte Mörderbande" auf die politischen Organisationen der Araber angewandt. Das will bei einem solchen Blatte, das sonst in britischen Angelegenheiten eine äußerst vornehme Sprache pflegt, allerhand bedeuten.

Die scharfen Maßnahmen, die man in England gegen die Araber forderte, sollten nicht lange ausbleiben. Daß die fürstliche Belohnung von 10 000 Pfund, die man auf den Kopf der Attentäter von Nazareth ausgesetzt hatte, nicht den geringsten Erfolg haben würde, war vorauszusehen. Die Araber halten heute zusammen wie Pech und Schwefel, und ein Verräter würde an seinen 10 000 Pfund keine lange Freude haben. Es wurden also von der britischen Mandatsverwaltung schwerwiegende politische Strafmaßnahmen verhängt. Obwohl die politische Vertretung der Araber das Attentat sofort mißbilligte, wurden Hunderte von Araberführern verhaftet, die gefährlichsten deportiert, die bedeutenden Geldmittel der arabischen Organisationen beschlagnahmt, das arabische Hochkomitee aufgelöst, der Bürgermeister von Jerusalem abgesetzt und der Großmufti von Palästina seines Postens enthoben. In diesen Kreisen erblicken die Engländer die für die jüngsten Ereignisse „moralisch Verantwortlichen", und ihr geistiger Führer ist eben der Großmufti Mohammed Emin el Husseini.

Der Mufti ist ein hünenhaft gewachsener Mann, außerordentlich intelligent und von fanatischem Kampfwillen gegen

Heute: Der D. N. Kraftfahrer
Seite 8